

Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft

Begründet von
F. von Liszt und W. Kaskel

Herausgegeben von
H. Albach · E. Helmstädter · H. Honsell
P. Lerche · D. Nörr

Abteilung Rechtswissenschaft

Springer-Verlag Berlin Heidelberg GmbH

Reiner Schmidt (Hrsg.)

Öffentliches Wirtschaftsrecht

Besonderer Teil 1



Springer

Professor Dr. jur. Reiner Schmidt
Universität Augsburg
Lehrstuhl für Öffentliches Recht,
Wirtschaftsverwaltungsrecht und Umweltrecht
Universitätsstraße 2
D-86135 Augsburg

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft / begr. von F. von Liszt u. W. Kaskel. Hrsg. von H. Albach ... - Berlin ; Heidelberg ; New York ; Barcelona ; Budapest ; Hong Kong ; London ; Mailand ; Paris ; Tokyo : Springer.

Teilw. hrsg. von W. Kunkel ... - Teilw. hrsg. von P. Lerche ; D. Nörr. - Teilw. Nachdr. d. von E. Kohlrausch ... hrsg. Bd.

Abteilung Rechtswissenschaft.

NE: Liszt, Franz von [Begr.]; Albach, Horst [Hrsg.]; Lerche, Peter [Hrsg.]; Kunkel, Wolfgang [Hrsg.]; Kohlrausch, Eduard [Hrsg.]

Schmidt, Reiner: Öffentliches Wirtschaftsrecht.

Besonderer Teil.

I (1995)

ISBN 978-3-642-63351-5

ISBN 978-3-642-57773-4 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-642-57773-4

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendungen, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der Fassung vom 24. Juni 1985 zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 1995

Ursprünglich erschienen bei Springer-Verlag Berlin Heidelberg New York 1995

Softcover reprint of the hardcover 1st edition

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, daß solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürfen.

64/2202-5 4 3 2 1 0 - Gedruckt auf säurefreiem Papier

Vorwort

Fünf Jahre nach Erscheinen des Allgemeinen Teils meines Öffentlichen Wirtschaftsrechts kann nunmehr der erste Teilband des Besonderen Teils vorgelegt werden; in Kürze wird der zweite Teilband folgen.

Die besondere Flüchtigkeit des öffentlichen Wirtschaftsrechts und dessen inzwischen weit fortgeschrittener Spezialisierungsgrad ließen den Versuch als aussichtslos erscheinen, die Materie allein bändigen zu wollen. Aber auch nach Gewinnung hervorragender Fachkenner für die einzelnen Gebiete zeigten sich vor allem wegen eines überaktiven Gesetzgebers erhebliche Schwierigkeiten. So mußte beispielsweise der Plan aufgegeben werden, die Versicherungswirtschaft einzubeziehen. Allzu ungesichert erwies sich hier die Gesetzeslage, um mehr als eine kurze Momentaufnahme bieten zu können. Dem bereits verpflichteten Autor und dem Herausgeber schien es deshalb angeraten, zunächst eine Beruhigung der Entwicklung abzuwarten.

Die Umbruchsituation des öffentlichen Wirtschaftsrechts wird mit den Begriffen Ökonomisierung, Ökologisierung und Europäisierung schlagwortartig erfaßt.

Insbesondere der Begriff der „Ökonomisierung“ bedarf näherer Erläuterung, denn das öffentliche Wirtschaftsrecht befaßt sich schließlich seinem Gegenstand nach mit der Tätigkeit des Wirtschaftens. Diese erstreckt sich aber heute auf Bereiche, die bisher vornehmlich unter sicherheitsrechtlichen oder sonstigen, jedenfalls nicht ökonomischen Aspekten betrachtet wurden. Das gilt beispielsweise für die Abfallentsorgung, das Kommunikationswesen und das gesamte Stoffrecht. Der Staat kann sich hier nicht mehr auf seine Überwachungsfunktion beschränken, etwa auf die Kontrolle der Einhaltung lebensmittelrechtlicher Vorschriften, sondern er muß angemessene Lösungen zur Verteilung staatlicher und privater Wirtschaftsinteressen finden. Während so dem öffentlichen Wirtschaftsrecht Materien zuwachsen, die bisher nicht als ökonomische angesehen wurden, bröckeln gleichzeitig Gebiete ab, die zunehmend von anderen Prinzipien als denen des Wirtschaftens geprägt werden. Man denke etwa an das Immissionsschutzrecht, ursprünglich dem Gewerberecht im weitesten Sinne zurechenbar, inzwischen aber wegen seiner eindeutigen Zweckbestimmung in § 1 BImSchG höchstens subsidiär dem Schutz des Anlagenbetreibers dienend. Die Aufnahme dieser Materie in ein „Öffentliches Wirtschaftsrecht“ rechtfertigt sich aber wegen der Minderung der volkswirtschaftlichen Kosten in Höhe

Vorwort

von 11,2 bis 18 Mrd. DM jährlich durch Einsatz des im Bundesimmissionsschutzgesetz bereitgestellten Instrumentariums, wegen des dort verwendeten und diskutierten ökonomischen Instrumentariums (z.B. Sonderabschreibungen, Umweltabgaben, Umweltzertifikate) und schließlich wegen des für das gesamte Rechtsgebiet des öffentlichen Wirtschaftsrechts geschaffenen beispielhaften Experimentierfelds für informales Verwaltungshandeln (vgl. Schulze-Fielitz in diesem Band).

Welche Bedeutung der Schutz der Umwelt für die Gestaltung der Wirtschaftsordnung insgesamt gewinnt, zeigt sich nicht nur in der Separierung und am Entstehen neuer Rechtsbereiche. Der Umweltschutz wirkt auch unmittelbar und verstärkt in die klassischen Gebiete des öffentlichen Wirtschaftsrechts ein. Beispiele hierfür sind das Subventionsrecht mit einer breiten Skala direkter und indirekter Umweltschutzsubventionen und das Energierecht, das auf die Energieersparnis und die Nutzung alternativer Energien ausgerichtet wurde. Schließlich läßt sich am Recht des Bergbaus zeigen, daß dessen Zielbestimmung (§ 1 Nr. 3 BBergG) „bereits auf breiter Basis Umweltgesichtspunkte als relevant hervorhebt“ (Tettinger in diesem Band) und daß durch konkrete Postulate wie die nach Wiedernutzbarmachung der Erdoberfläche oder nach ordnungsgemäßer Abfallentsorgung ebenso wie durch die Generalklausel der überwiegenden öffentlichen Interessen Umweltaspekte einbezogen werden.

Die dramatischsten Veränderungen des öffentlichen Wirtschaftsrechts sind durch die europäische Integration bedingt. Während im Beitrag über das Gewerberecht von Frotzcher das Recht der Europäischen Union wegen des Gleichklangs des Prinzips der Gewerbefreiheit mit den Grundfreiheiten des EG-Vertrags nicht einbezogen werden mußte, tauchen bereits bei Behandlung des Gewerbenebenrechts durch Czybulka Grundsatzfragen auf. Das Prinzip des freien Dienstleistungsverkehrs (Art. 59 ff. EGV) läßt sich nur schwer mit der Meisterprüfung, wie sie sich nur im deutschen und luxemburgischen Recht findet, in Einklang bringen. Sie konnte entgegen der allgemeinen Liberalisierungstendenz des Vertrags nur durch Einfügung der Sonderregel des Art. 57 Abs. 2 Satz 2 EGV gerettet werden, wobei gleichzeitig die Gefahr der Inländerdiskriminierung entsteht.

Im Bundesimmissionsschutzrecht wurde eine gemeinschaftsrechtliche Figur, die Rechtsidee des „bestmöglichen Umweltschutzes“ zum Leitbild. Wie Schulze-Fielitz zeigt, beruhen außerdem zahlreiche Änderungen dieses Gesetzes bzw. der auf ihm beruhenden Verordnungen auf europäischen Impulsen, werden sowohl verfahrens- und anlagenbezogene Regelungen wie auch materielle rechtliche Inhalte, beispielsweise Luftqualitätswerte, vorgegeben. Die Umweltrichtlinien der Europäischen Union sind nach Auffassung des Europäischen Gerichtshofs vielfach auch ohne einzelstaatliche Umsetzungsakte unmittelbar anwendbar.

Nicht weniger intensiv europarechtlich durchdrungen ist das Subventionswesen. Auch hier finden sich Regelungen unterschiedlichsten Intensitätsgrades. Am weitesten geht die Konstitutierung einer „europäischen Subventionsgemeinschaft“ (Haverkate in diesem Band) im Agrarbereich, in dem die Marktfreiheit weitgehend

Vorwort

beseitigt wurde. Mit der Uminterpretation der an sich durch den Vertrag über die Montanunion verbotenen mitgliedstaatlichen Kohle- und Stahlsубventionen (Art. 4c EGKSV) in Beihilfen der Gemeinschaft selbst, der Gründung von hochdotierten Gemeinschaftsfonds und dem im Vertrag (Art. 92 EGV) grundsätzlich vorgesehene Subventionsverbot wurde ein gemeinschaftsrechtliches Subventionsregime errichtet, das nicht nur die gewachsenen und ausgefeilten mitgliedstaatlichen Vertrauensgrundsätze für die Aufhebung begünstigender Verwaltungsakte aushebelt bzw. modifiziert, sondern es wurde ein gigantischer Umverteilungsprozeß in Gang gebracht. Während das europäische Subventionswesen stark dirigistisch geprägt ist, wird der Bankenbereich von einer deutlichen europäischen Liberalisierungslinie bestimmt. So wird die Wahl des Bankensystems (Universal- oder Trennbankensystem) den Mitgliedstaaten selbst überlassen. Geschäfte mit Geld- und Kapitalmarktinstrumenten, grenzüberschreitende Kredite und bankübliche Geschäfte wurden durch die vierte Kapitalverkehrsliberalisierungsrichtlinie erleichtert. Im Beitrag von Gramlich wird deutlich, wie stark das Kreditwesengesetz auch zur Umsetzung anderer EG-Vorgaben eingesetzt werden mußte. Details der Bilanzierung und der Behandlung von Großkrediten werden ebenso in Brüssel bestimmt, wie die Reichweite des Gesetzes selbst, das erstmals auf Nichtbanken, auf sog. „Finanzholding-Gesellschaften“ erstreckt wurde. Der europäische Bankenbinnenmarkt bringt selbst das gehätschelte deutsche Landesbanken- und Sparkassenwesen unter Druck und schließlich wurde vom Europäischen Gerichtshof das vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen so häufig gebrauchte und beliebte, demokratisch aber bedenkliche Instrument der „Grundsätze“ rechtsstaatlich domestiziert.

Während die Rechtsregeln der Europäischen Union im Bereich der Banken im wesentlichen bekanntes Terrain bestellen, stellt sich die Lage des öffentlichen Wirtschaftsrechts der Kommunikation und der Medien völlig anders dar. Hier ist schon fraglich, ob trotz der neuen und ausdrücklichen kulturpolitischen Kompetenz der Europäischen Union die allgemeinen Vorschriften zur Freiheit des Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Niederlassung für den grenzüberschreitenden Rundfunk überhaupt anwendbar sind. Im Beitrag von Hoffmann-Riem werden über bekannte Rechtsfragen weit hinausgehend Grundsätze zur wirtschaftsrechtlichen Erfassung von Medienunternehmen entwickelt, die sich am mitgliedstaatlichen Allgemeininteresse an der Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen pluralistischen Rundfunkordnung orientieren. Dies gilt beispielsweise für das Problem der Geltung von Wettbewerbs- und Beihilferegeln der Europäischen Union für Medienunternehmen. Europarechtlich kaum weniger brisant ist der von Tettinger behandelte Binnenmarkt für Energie. Mit den Zielen der Preistransparenz, des freien Transits von Elektrizitätslieferungen und von Erdgas bei höchst unterschiedlichen nationalen Versorgungsstrukturen unter gleichzeitiger Belassung des energiepolitischen Kompetenzarsenals bei den Mitgliedstaaten wurde der Versuch einer Quadratur des Kreises gewagt. Die Schaffung eines Raums ohne Binnengrenzen, der Auf- und Ausbau europäischer Netze im Verkehrs-, Telekommunikations- und

Vorwort

Energiebereich hat bereits eine weitgehende Strukturverschiebung des öffentlichen Wirtschaftsrechts zur Folge.

Insgesamt zeigen die Beiträge dieses Bandes die ungebrochene Dynamik des besonderen Wirtschaftsverwaltungsrechts. Die mit dem europäischen Einigungsprozeß verbundene unaufhaltsame Harmonisierungstendenz konnte bisher die Renaissance separierter Rechtsentwicklungen nicht verhindern. Dies ist sicherlich auch Folge der jeweils wahrgenommenen unterschiedlichen Verwaltungsaufgaben.

Vereinfachung und Vereinheitlichung sind gewiß die zentrale Aufgabe verwaltungsrechtlicher Dogmatik, andererseits fordern die Eigenheiten der in diesem Band versammelten unterschiedlichen Regelungsbereiche differenzierte Lösungen. Die gegensätzlichen Leitgedanken einzelner Rechtsgebiete des öffentlichen Wirtschaftsrechts setzen jeder dogmatischen Einebnung Grenzen.

Die redaktionellen Arbeiten wurden von meinem ehemaligen Mitarbeiter Herrn Dr. Andreas Voßkuhle und nach dessen Ausscheiden von meinem Mitarbeiter Herrn Assessor Lars Diederichsen geleitet. Beide wurden unterstützt von Frau Bettina Weiß, Herrn Armin Englisch und Herrn Rechtsreferendar Jörg Waiblinger. Ihnen allen sei auch an dieser Stelle für ihre umsichtige und sorgfältige Mitwirkung herzlich gedankt.

Augsburg, im Juni 1995

Reiner Schmidt

Inhaltsübersicht

Besonderer Teil 1

| | |
|--|-----|
| Mitarbeiterverzeichnis | XI |
| Abkürzungsverzeichnis | XV |
| § 1 Gewerberecht | |
| Prof. Dr. Werner Frotscher, Marburg | 1 |
| § 2 Gewerbenebenrecht: Handwerksrecht und Gaststättenrecht | |
| Prof. Dr. Detlef Czybulka, Rostock | 111 |
| § 3 Recht des Immissionsschutzes | |
| Prof. Dr. Helmuth Schulze-Fielitz, Würzburg | 219 |
| § 4 Subventionsrecht | |
| Prof. Dr. Görg Haverkate, Heidelberg | 331 |
| § 5 Recht der Bankwirtschaft | |
| Prof. Dr. Ludwig Gramlich, Chemnitz-Zwickau | 421 |
| § 6 Öffentliches Wirtschaftsrecht der Kommunikation und der Medien | |
| Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem, Hamburg | 563 |
| § 7 Recht der Energiewirtschaft | |
| Prof. Dr. Peter J. Tettinger, Bochum | 691 |
| § 8 Recht des Bergbaus | |
| Prof. Dr. Peter J. Tettinger, Bochum | 745 |
| Sachverzeichnis | 767 |

Inhaltsübersicht

Besonderer Teil 2

Mitarbeiterverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

§ 9 Recht der freien Berufe

Prof. Dr. Rainer Pitschas, Speyer

§ 10 Recht der Verkehrswirtschaft

Prof. Dr. Udo Steiner, Regensburg

§ 11 Recht der Landwirtschaft

Dr. Reinhard Priebe, Brüssel

§ 12 Lebensmittelrecht

Prof. Dr. Friedhelm Hufen, Mainz

§ 13 Recht der Abfallwirtschaft

Prof. Dr. Franz-Joseph Peine, Berlin

§ 14 Außenwirtschaftsrecht

Prof. Dr. Brun-Otto Bryde, Gießen

§ 15 Das Internationale Recht für den Austausch von Waren und Dienstleistungen

Prof. Dr. Rüdiger Wolfrum, Heidelberg

Gesamtsachverzeichnis des Besonderen Teils 1 und 2

Mitarbeiterverzeichnis

Besonderer Teil 1

Professor Dr. Detlev **Czybulka**
Universität Rostock
Juristische Fakultät
Lehrstuhl für Allgemeines und Besonderes Verwaltungsrecht, Verwaltungslehre, Staats- und Finanzrecht
Richard-Wagner-Straße 31
18 119 Rostock-Warnemünde

Professor Dr. Werner **Frotscher**
Philipps-Universität Marburg
Institut für Öffentliches Recht
Universitätsstr. 6
35 037 Marburg

Professor Dr. Ludwig **Gramlich**
Technische Universität Chemnitz-Zwickau
Lehrstuhl für Öffentliches Recht und
Öffentliches Wirtschaftsrecht
Reichenhainer Str. 39
09 107 Chemnitz

Professor Dr. Görg **Haverkate**
Universität Heidelberg
Friedrich-Ebert-Anlage 3
69 117 Heidelberg

Professor Dr. Wolfgang **Hoffmann-Riem**
Hans-Bredow-Institut
Heimhuderstraße 21
20 148 Hamburg

Mitarbeiterverzeichnis

Professor Dr. Helmuth **Schulze-Fielitz**
Universität Würzburg
Lehrstuhl für Öffentliches Recht,
Umweltrecht und Verwaltungswissenschaften
Domerschulstraße 16
97 070 Würzburg

Professor Dr. Peter J. **Tettinger**
Ruhr-Universität Bochum
Juristische Fakultät
Universitätsstraße 150
44 801 Bochum

Besonderer Teil 2

Professor Dr. Brun-Otto **Bryde**
Justus-Liebig-Universität Gießen
Fachbereich Rechtswissenschaften
Hein-Heckroth-Straße 5
35 390 Gießen

Professor Dr. Friedhelm **Hufen**
Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
Lehrstuhl für Öffentliches Recht,
Staats- und Verwaltungsrecht
55 099 Mainz

Professor Dr. Franz-Joseph **Peine**
Freie Universität Berlin
Fachbereich Rechtswissenschaft
Boltzmannstraße 3
14 195 Berlin

Professor Dr. Rainer **Pitschas**
Hochschule für Verwaltungswissenschaften
Postfach 14 09
67 346 Speyer

Mitarbeiterverzeichnis

Dr. Reinhard Priebe
Generaldirektion 6 der EG
Rue de la Loi 120, Büro 7/126
B-1049 Brüssel

Professor Dr. Udo Steiner
Universität Regensburg
Juristische Fakultät
Postfach 379
93 047 Regensburg

Professor Dr. Rüdiger Wolfrum
Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches
Recht und Völkerrecht
Berliner Str. 48
69 120 Heidelberg

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|------------|--|
| a.F. | alter Fassung |
| AbfG | Abfallgesetz |
| ABG | Preußisches Allgemeines Berggesetz |
| ABIEG C | Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Ausgabe C. Mitteilungen und Bekanntmachungen |
| ABIEG L | Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Ausgabe L. Rechtsvorschriften |
| abw. | abweichend |
| AFG | Arbeitsförderungsgesetz |
| AfK | Archiv für Kommunalwissenschaften |
| AfP | Archiv für Presserecht |
| AG | Die Aktiengesellschaft; Amtsgericht |
| AGB | Allgemeine Geschäftsbedingungen |
| AgrarR | Agrarrecht |
| AiB | Arbeitsrecht im Betrieb |
| AJIL | The American Journal of International Law |
| AK | Alternativkommentar zum Grundgesetz |
| AKP | Staaten aus dem afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum |
| ALR | Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten |
| AMR | Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreser- ven |
| AnzV | Anzeigenverordnung |
| AO | Abgabenordnung |
| AöR | Archiv des öffentlichen Rechts |
| ApothekenG | Gesetz über das Apothekenwesen |
| ArbuSozPol | Arbeit und Sozialpolitik. Mitteilungsblatt des Arbeitsmini- sters Nordrhein-Westfalen |
| ArchPF | Archiv für das Post- und Fernmeldewesen |
| ArchPT | Archiv für Post und Telegraphie |
| ARD | Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- anstalten der Bundesrepublik Deutschland |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|-----------|--|
| ARSP | Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie |
| AtG | Atomgesetz |
| AtVfV | Atomrechtliche Verfahrensverordnung |
| AuB | Arbeit und Beruf |
| AuslInvG | Gesetz über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen |
| AVB | Allgemeine Versorgungsbedingungen (Energiewirtschaft) |
| AVR | Archiv des Völkerrechts |
| AWG | Außenwirtschaftsgesetz |
| AWV | Außenwirtschaftsverordnung |
| AZO | Arbeitszeitordnung |
| B.I.Z. | Bank für internationalen Zahlungsausgleich |
| BAG | Bundesarbeitsgericht |
| BAK | Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen |
| Bank | Die Bank |
| BAnz. | Bundesanzeiger |
| BAPostG | Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost |
| BAPT | Bundesamt für Post und Telekommunikation (Mainz) |
| BauNVO | Baunutzungsverordnung |
| BauR | Baurecht |
| BauSpkG | Gesetz über Bausparkassen |
| BayGVBl. | Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt |
| BayObLG | Bayerisches Oberstes Landesgericht |
| BayVBl. | Bayerische Verwaltungsblätter |
| BayVerfGH | Bayerischer Verfassungsgerichtshof |
| BB | Der Betriebs-Berater |
| BBankG | Gesetz über die Deutsche Bundesbank |
| BBauBl. | Bundesbaublatt |
| BBergG | Bundesberggesetz |
| BBG | Bundesbeamten-gesetz |
| BBiG | Berufsbildungsgesetz |
| BDA | Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände |
| BDI | Bundesvereinigung der Deutschen Industrie |
| BDSG | Bundesdatenschutzgesetz |
| BeitrAB | Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung |
| Beschl. | Beschluß |
| BFH | Bundesfinanzhof |
| BGB | Bürgerliches Gesetzbuch |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|------------------|---|
| BGBI. I, II, III | Bundesgesetzblatt, Teil I, Teil II, Teil III |
| BGH | Bundesgerichtshof |
| BGHSt | Entscheidungen des BGH in Strafsachen |
| BGHZ | Entscheidungen des BGH in Zivilsachen |
| BHO | Bundshaushaltsordnung |
| BImSchG | Bundes-Immissionsschutzgesetz |
| BImSchV | Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes |
| BISD | Basic Instruments and Selected Documents |
| BIZ | Bank für internationalen Zahlungsausgleich |
| BK | Kommentar zum Bonner Grundgesetz (Bonner Kommentar) |
| BKartA | Bundeskartellamt |
| BLM | Bayerische Landeszentrale für neue Medien |
| BMPT | Bundesminister für Post und Telekommunikation |
| BMWi | Bundesminister für Wirtschaft |
| BMZ | Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit |
| BNatSchG | Bundesnaturschutzgesetz |
| BPS | Bundesprüfstelle |
| BR | Bayerischer Rundfunk |
| BSG | Bundessozialgericht |
| BStBl. | Bundessteuerblatt |
| BT | Bundestag |
| BT-Drucks. | Bundestagsdrucksache |
| BTO | Bundestarifordnung |
| Btx | Bildschirmtext |
| BVerfG | Bundesverfassungsgericht |
| BVerfGE | Entscheidungen des BVerfG |
| BVerwG | Bundesverwaltungsgericht |
| BVerwGE | Entscheidungen des BVerwG |
| BWVerwPr | Baden-Württembergische Verwaltungspraxis |
| BYIL | The British Yearbook of International Law |
| BZRG | Bundeszentralregistergesetz |
| CahDrEur | Cahiers de droit européen |
| CMLR | Common Market Law Review |
| COCOM | Coordinating Committee for East/West Trade Policy |
| CR | Computer und Recht |
| DAG | Deutsche Angestellten-Gewerkschaft |
| DB | Der Betrieb |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|----------|--|
| DBP | Deutsche Bundespost |
| DBW | Die Betriebswirtschaft |
| DGB | Deutscher Gewerkschaftsbund |
| DGO | Deutsche Gemeindeordnung (vom 30.1.1935) |
| DGVR | Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht |
| DIHT | Deutscher Industrie- und Handelstag |
| DIN | Deutsches Institut für Normung e.V. |
| DIW | Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung |
| DJT | Deutscher Juristentag |
| DLM | Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten |
| DÖV | Die Öffentliche Verwaltung |
| DuD | Datenschutz und Datensicherung |
| DV | Die Verwaltung |
| DVBl. | Deutsches Verwaltungsblatt |
| DVGW | Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. |
| DVP | Deutsche Verwaltungspraxis |
| DZWiR | Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht |
| E.L.R. | European Law Review |
| EA | Europa-Archiv |
| EAG | Europäische Atomgemeinschaft |
| EAGFL | Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft |
| EAGV | Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft |
| ECLR | European Competition Law Review |
| ECU | European Currency Unit |
| EEA | Einheitliche Europäische Akte |
| EFG | Entscheidungen der Finanzgerichte |
| EFRE | Europäischer Fonds für regionale Entwicklung |
| EFTA | European Free Trade Association |
| EFWZ | Europäischer Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit |
| EG | Europäische Gemeinschaften |
| EG-FsRiL | EG-Fernsehrichtlinie |
| EGI | Europäisches Gewerkschaftsinstitut (Publikationsreihe) |
| EGKS | Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl |
| EGKSV | Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl |
| EGMR | Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte |
| EGV | Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|----------------------|--|
| EMRK | Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention) |
| EnSG | Energiesicherungsgesetz |
| EnWG | Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) |
| epd | Evangelischer Pressedienst |
| EPIL | Encyclopedia of Public International Law |
| EPZ | Europäische Politische Zusammenarbeit |
| ERP | European Recovery Program |
| EStG | Einkommensteuergesetz |
| ESVGH | Entscheidungssammlung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs und des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg |
| ESZB | Europäisches System der Zentralbanken |
| et | Energiewirtschaftliche Tagesfragen |
| EU | Europäische Union |
| EuGH | Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften |
| EuGRZ | Europäische Grundrechte-Zeitschrift |
| EuR | Europarecht |
| EuZW | Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht |
| EVU | Energieversorgungsunternehmen |
| EWG | Europäische Wirtschaftsgemeinschaft |
| EWGV | Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft |
| EWR | Schriftenreihe zum europäischen Weinrecht; Europäischer Wirtschaftsraum |
| EWS | Europäisches Währungssystem; Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht |
| FAG | Fernmeldeanlagenengesetz |
| FAO | Food and Agriculture Organization |
| FCKW | Fluorchlorkohlenwasserstoffe |
| FFG | Filmförderungsgesetz |
| FinArch, N.F. | Finanzarchiv, Neue Folge |
| FlugLG | Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm |
| FN | Fußnote |
| FR | Finanz-Rundschau. Deutsches Steuerblatt |
| FS | Festschrift |
| FSF | Private Selbstkontrolle Fernsehen e. V. |
| FSK | Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft |
| FsRiL | Fernsehrichtlinie |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---------------------|---|
| FStrG | Bundesfernstraßengesetz |
| FuE (-Subventionen) | Förderung von Forschung und Entwicklung |
| FuR | Film und Recht |
| GA Res. | United Nations General Assembly Resolutions |
| GA | Generalversammlung der Vereinten Nationen |
| GastG | Gaststättengesetz |
| GastV | Gaststättenverordnung |
| GATS | General Agreement on Trade in Services |
| GATT | General Agreement on Tariffs and Trade |
| GBI. | Gesetzblatt |
| GenTG | Gentechnikgesetz |
| GewArch | Gewerbearchiv |
| GewO | Gewerbeordnung |
| GewStG | Gewerbesteuergesetz |
| GG | Grundgesetz |
| GGK | Grundgesetz-Kommentar |
| GGO | Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien |
| GjS | Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften |
| GMBI. | Gemeinsames Ministerialblatt |
| GmS OGB | Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes |
| GRUR | Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht |
| GS | Gedächtnisschrift |
| GüKG | Güterkraftverkehrsgesetz |
| GVBl. | Gesetz- und Verordnungsblatt |
| GWB | Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen |
| GwG | Geldwäschegesetz |
| GYIL | German Yearbook of International Law |
| GZS | Gesellschaft für Zahlungssysteme |
| GZT | Gemeinsamer Zolllarif |
| h.M. | herrschende Meinung |
| HAM | Hamburgische Anstalt für neue Medien |
| HandwFördG | Gesetz zur Förderung des Handwerks (DDR) |
| HandwO | Handwerksordnung |
| HAR | Handwörterbuch des Argarrechts |
| Harv. Int'l L.J. | Harvard International Law Journal |
| HdbDStR | Handbuch des Deutschen Staatsrechts |
| HdbStR | Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland |
| HdbVR | Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---------------|---|
| HDöB | Handwörterbuch der öffentlichen Betriebswirtschaft |
| HdUR | Handwörterbuch des Umweltrechts |
| HdWW | Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft |
| HER | Handbuch des europäischen Rechts (Loseblattsammlung) |
| HFW | Handbuch der Finanzwissenschaft |
| HGB | Handelsgesetzbuch |
| HRG | Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte |
| HWG | Heilmittelwerbegesetz |
| HypBankG | Hypothekendarlehenbankgesetz |
| IBRD | International Bank for Reconstruction and Development („Weltbank“) |
| ICAO | International Civil Aviation Organization (Internationale Zivilluftfahrts-Organisation) |
| ICJ | International Court of Justice |
| ICJ Reports | International Court of Justice. Reports of Judgements, Advisory Opinions and Orders |
| ICLQ | International and Comparative Law Quarterly |
| IDA | International Development Agency |
| IEA | Internationale Energie-Agentur |
| IEP | Internationales Energieprogramm |
| IFC | International Finance Corporation |
| IfW | Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (Schriftenreihe) |
| IGH | Internationaler Gerichtshof |
| IHK | Industrie- und Handelskammer |
| ILA | International Law Association |
| ILM | International Legal Materials |
| ILO | International Labour Organization |
| IMF | International Monetary Fund (IWF) |
| Int'l. Lawyer | The International Lawyer |
| IO | International Organization |
| IPR | Internationales Privatrecht |
| IPRax | Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts |
| ITO | International Trade Organization |
| ITU | International Telecommunication Union |
| IUR | Informationsdienst Umweltrecht |
| IWF | Internationaler Währungsfonds |
| JA | Juristische Arbeitsblätter |
| JArbSchG | Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend |
| JbRSoz. | Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie |